

Rückt Europa nach rechts?

Thomas Nord

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat spürbar politische Auswirkungen in den EU-Ländern. In den jüngsten Wahlergebnissen spiegelt sich die Enttäuschung der Bevölkerung gegenüber regierenden Parteien wider. Es wird nach Schuldigen für die Krise und ihre Auswirkungen gesucht. So konnten in vergangenen nationalen Wahlen in Europa besonders Parteien mit rechtsextremistischen und antiislamischen Haltungen einen Stimmengewinn verzeichnen. Diese betreiben nicht nur Propaganda mit ihrer Forderung nach einem „nationalen Bewusstsein“, sondern hetzen die Bevölkerung mit „Feindbildern“ gegen Minderheiten auf, die in der Krise als „Sündenböcke“ erhalten müssen.

In Belgien ist der Fraktionsleiter der Vlaams Belang Dewinter der Meinung, der Islam gehöre nicht nach Europa. Seine Partei hatte in der nationalen Wahl am 13. Juni 2010 7,7% erreicht. Der islamkritischen Liste Dedeker gelang 2009 auch schon der Sprung ins Europäische Parlament.

In den Niederlanden hat die Freiheit-Partei (PVV) von Geert Wilders seine Stimmen mehr als verdoppeln können (15,5%). Er forderte bereits im Wahlkampf, den Bau von Moscheen gesetzlich zu verbieten. Die PVV verbreitet Anti-Islam-Parolen und hat erklärt, die Immigration von Moslems nach Europa zu stoppen. Wilders arbeitete 2004 an einem Film mit, der die Botschaft verbreitet, der Islam wolle die Welt erobern.

Die neue britische Regierung ließ jüngst Überwachungskameras in überwiegend von Moslems bewohnten Stadtteilen von Birmingham installieren und will die Einwanderung beschränken. Der neue Premierminister Cameron (Conservative and Unionist Party) hatte im Wahlkampf versprochen, die Zahl der Immigranten zu verringern.

Die rechtsextreme Jobbik-Partei Ungarns wendet sich in faschistischer Manier gegen Sinti und Roma. Sie hat in der Wahl im April stark zugelegt (16,7%). Sie fordern ein Programm nach dem Motto „Kauft Ungarisch!“ Vokabeln wie „ausrotten“ gehören zu ihrem Vokabular. Zudem besitzen sie einen paramilitärischen Arm, die „Neue Ungarische Garde“.

Gegen diesen Trend spielen eindeutig rechtsextreme und neonazistische Gruppen in Tschechien sowie in der Slowakei keine Rolle in der Parteipolitik. Im Februar 2010 kam es erfreulicherweise sogar zum Verbot einer rechtsextremen Partei in Tschechien. Jedoch verschaffen sich dort rechtsextreme Gruppen durch öffentliche Auftritte Gehör, z.B. im Juni in einem vorrangig von Roma bewohnten Stadtviertel, um „gegen den Zigeunerterror“ zu protestieren.

In Deutschland bejahen mittlerweile mehr als zwei Drittel aller muslimischen Gläubigen in Deutschland eine pluralistische Gesellschaft. Dagegen sind nach einer Umfrage 29% der BürgerInnen Deutschlands der Meinung, Moslems solle die Zuwanderung in die Bundesrepublik untersagt werden.